

# Gesundheit ist ein Menschenrecht.



Das Medinetz ist eine NGO (Nichtregierungsorganisation), die sich um Menschen ohne Krankenversicherung kümmert. Wie der Mikrozensus 2019 ergab, leben in Deutschland über 140.000 Menschen ohne Krankenversicherung.<sup>1</sup> Betroffen sind deutsche Staatsbürger:innen, EU-Bürger:innen, Obdachlose und Menschen ohne Papiere, also ohne genehmigten Aufenthaltsstatus. Das kurzfristige Ziel des Medinetzes ist es, diesen Menschen einen Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Langfristig sollen sie in die medizinische Regelversorgung eingegliedert werden.

Deutschlandweit gibt es 39 Standorte mit Medinetzen, Medibüros oder medizinischen Flüchtlingshilfen.<sup>2</sup> Das erste Medibüro wurde 1994 in Hamburg gegründet.<sup>3</sup> Zwischen den einzelnen Medinetzen herrscht ein reger Austausch. Jedes Jahr treffen sich die Vertreter:innen aller 39 Standorte zu einem Bundeskongress, um die momentane Situation, politische Entwicklungen und Fortschritte, sowie neue Ziele zu diskutieren.<sup>4</sup> Das langfristige Ziel ist, dass der Staat die Gesundheitsversorgung übernimmt und keine Parallelstrukturen geschaffen werden. Denn Gesundheit ist ein Menschenrecht und wie im Grundgesetz verankert, hat jeder Mensch ein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.<sup>5</sup> Trotzdem ist für viele der Zugang zu medizinischer Versorgung erschwert oder nicht möglich. Auch Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus haben nach dem Gesetz ein Recht auf medizinische Versorgung bei akuten oder schmerzhaften Krankheitszuständen. Um diese Versorgung zu erhalten, muss ein Krankenschein bei der zuständigen Sozialbehörde beantragt werden. Im Zuge dessen kommt es zu einer sogenannten Bedürftigkeitsprüfung durch die Sozialämter. Dabei müssen umfangreiche Papiere eingereicht werden, was für viele Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus häufig nicht möglich ist.<sup>6</sup> Zusätzlich zur Situation der Bedürftigkeitsprüfung haben viele Betroffene die begründete Angst, dass das Sozialamt ihre Daten an die Ausländerbehörde weiter gibt und ihnen eine Abschiebung droht. Denn als öffentliche Behörde ist das Sozialamt nach §87 Aufenthaltsgesetz zu der Weitergabe der Daten an die Ausländerbehörde verpflichtet. Um dies zu vermeiden, existiert seit 2009 eine allgemeine Verwaltungsvorschrift als Zusatz zu §87, die die Weitergabe personenbezogener Daten im Krankheitsfall durch medizinisches Personal oder durch das Sozialamt an die Ausländerbehörde verbietet.<sup>7</sup> Diese Verwaltungsvorschrift wird nicht überall angewendet, was dazu führt, dass viele Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus sich trotz starker Schmerzen nicht in medizinische Behandlung begeben, aus Angst, abgeschoben zu werden. Dieses Verhalten kann zur Chronifizierung von Krankheiten führen. Wie die Bundesarbeitsgruppe Gesundheit und Illegalität in ihrem Arbeitspapier vom April 2017 schreibt, weist „die Gruppe der Menschen ohne Papiere im Prinzip das gleiche Krankheitsspektrum [auf] wie die Gesamtbevölkerung in Deutschland – jedoch bei einer signifikant schlechteren Lebenslage, schlechteren Versorgung und entsprechenden gesundheitlichen Konsequenzen“. Von dieser Situation können auch Menschen betroffen sein, die sich als EU-

<sup>1</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Gesundheitszustand-Relevantes-Verhalten/Publicationen/Downloads-Gesundheitszustand/krankenversicherung-mikrozensus-2130110199004.html> 01.10.2020

<sup>2</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Medinetz> 08.04.2020

<sup>3</sup> <http://www.medibuero-hamburg.org/?q=de/wir> 09.04.2020

<sup>4</sup> [https://medibueros.medinetz-ulm.de/?page\\_id=26](https://medibueros.medinetz-ulm.de/?page_id=26) 09.04.2020

<sup>5</sup> Grundgesetz, Artikel 2, § 2

<sup>6</sup> Arbeitspapier der Bundesarbeitsgruppe (BAG) Gesundheit und Illegalität: Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere – April 2017, Seite 4

<sup>7</sup> <http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/pdf/BMI-MI3-20091026-SF-A001.pdf> 12.04.2020

Bürger:innen legal in Deutschland aufhalten, sogar gewillt sind, sich freiwillig zu versichern, aber die aufgrund mangelnder Vorversicherungszeiten nicht versichert werden.

Ziel der Medinetze ist die Abschaffung des §87 und die dauerhafte Eingliederung von allen unversicherten Menschen in das reguläre gesetzliche Krankenversicherungssystem. In anderen Bundesländern gibt es bereits befristete, lokale Projekte wie den anonymisierten Krankenschein. Hierbei wird die Vergabe eines Krankenscheines über die Sozialbehörde durch die Ausgabe in einer Vergabestelle, die einen geschützten Rahmen ohne Weitergabe von Daten ermöglicht, ersetzt. Dort erhalten die Betroffenen auch Rechts- und Sozialberatung zu ihrem Aufenthaltsstatus.<sup>8</sup> Erfolge in der Umsetzung können die Medinetze in Jena, Hannover und Göttingen verzeichnen, die den anonymisierten Krankenschein bereits einführen konnten. Finanziert wird dieser von der jeweiligen Landesregierung.<sup>9</sup>

Ein weiteres Ziel des Medinetzes ist die Schaffung staatlicher Clearingstellen. Hier werden Rechtsansprüche der Betroffenen geklärt, um ihnen die Wiedereingliederung in das Gesundheitswesen zu erleichtern. Ist eine Wiedereingliederung nicht möglich, vermitteln freie Träger wie das Medinetz eine durch Spenden finanzierte medizinische Versorgung. Die Clearingstelle stellt somit eine Kooperation von staatlichen Einrichtungen und freien Trägern dar. Sie ermöglicht medizinische Versorgung ohne Weitergabe von Daten an andere Behörden. Clearingstellen werden bereits in einigen Städten, darunter München und Hamburg, erfolgreich betrieben.<sup>10</sup> Problematisch hierbei ist allerdings, dass weiterhin freie, nicht-staatliche Träger im Zweifelsfall für die medizinische Versorgung einspringen müssen.

Auch das Medinetz Ulm befasst sich mit Zielen wie dem anonymisierten Krankenschein und der Einrichtung einer Clearingstelle. Es wurde 2009 gegründet und ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Mitglieder ehrenamtlich tätig sind. Ein aktiver Kern von zehn bis zwanzig Personen wird von ca. 75 Mitgliedern unterstützt. Dies sind überwiegend Medizin- und Psychologiestudierende. Neue Mitglieder aus allen Fachbereichen und Berufen sind jederzeit herzlich willkommen. Jede zweite Woche wird im DRK Übernachtungsheim Ulm eine Sprechstunde für Betroffene angeboten. Hierbei wird der Aufenthalts-, Gesundheits- und Versicherungsstatus ermittelt, um die Betroffenen an ein Krankenhaus oder eine Ärzt:innen weiterzuleiten. Zu diesem Zweck kooperiert das Medinetz mit medizinischem Fachpersonal wie Ärzt:innen, Physiotherapeut:innen und Hebammen, die unentgeltlich oder zu einem niedrigen Pauschalbetrag medizinische Versorgung anbieten.

Das Medinetz Ulm betreibt neben der Beratung von Betroffenen auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Mit Infoständen und Veranstaltungen macht es auf die schwierige Situation von Menschen ohne Krankenversicherung aufmerksam. Außerdem steht das Medinetz Ulm in regem Austausch mit Vertreter:innen der Politik. So organisierte es im vergangenen Jahr eine Podiumsdiskussion zwischen Ärzt:innen, politischen Vertreter:innen und dem Medinetz über die Situation von Menschen ohne Krankversicherung und deren Eingliederung in das deutsche Gesundheitssystem.<sup>11</sup> Als gemeinnütziger Verein finanziert es die Behandlung der Betroffenen ausschließlich über Spenden und über die Kooperation mit medizinischem Fachpersonal. Um auch in Zukunft eine gute Versorgung von Betroffenen zu gewährleisten, ist das Medinetz auf die

---

<sup>8</sup> Arbeitspapier der Bundesarbeitsgruppe (BAG) Gesundheit und Illegalität: Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere – April 2017, Seite 7

<sup>9</sup> [https://medibueros.medinetz-ulm.de/?page\\_id=13](https://medibueros.medinetz-ulm.de/?page_id=13) 08.04.2020

<sup>10</sup> Arbeitspapier der Bundesarbeitsgruppe (BAG) Gesundheit und Illegalität: Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere – April 2017, Seite 9

<sup>11</sup> <https://www.medinetz-ulm.de/aktuelles/keine-gute-karte-podiumsdiskussion-des-medinetzes-am-22-10-19/> 11.04.2020

Unterstützung von weiteren Arztpraxen und medizinischen Fachkräften angewiesen. Neue Kooperationspartner:innen sind jederzeit herzlich willkommen.

Für weitere Informationen:

Medinetz Ulm  
c/o DRK Übernachtungsheim  
Frauenstraße 125  
89073 Ulm  
Tel: 0151-54940649  
E-Mail: [medinetz@uni-ulm.de](mailto:medinetz@uni-ulm.de)